

### Der europäische Ton verschärft sich

16. Dezember 2010

„Simples Denken“ und „uneuropäisches“ Verhalten wirft Luxemburgs Ministerpräsident und Chef der Euro-Gruppe Jean-Claude Juncker der deutschen Bundesregierung vor. Diese befürchtet, dass gemeinsame Staatsanleihen der Euro-Länder Deutschland Milliarden kosten könnten. Deshalb lehnt sie diese strikt ab.

Was steckt hinter der gar nicht so neuen Euro-Bond-Idee? Eigentlich ist es eine simple Kalkulation. Ein großer Anteil der nationalen Schuldenfinanzierungen ginge auf Europa über. Dadurch, dass die Euro-Länder zusammen stärker sind als jedes für sich allein, ist auch ihre Kreditwürdigkeit gemeinsam höher. Die Krisenländer müssten beim Euro-Bond niedrigere Zinsen zahlen als heute und könnten sich wieder zu günstigen Konditionen Geld beschaffen. Die Gefahr eines akuten Liquiditätsmangels bestünde für diese Länder nicht mehr.

Für Deutschland hingegen sähe die Situation ganz anders aus. Dank jahrelanger Reformen steht die Republik so gut da wie lange nicht mehr. Sie ist kreditwürdiger als die anderen Euroländer und bekommt daher ihre Kredite auch billiger als die anderen. Mit der Euro-Anleihe wäre dieser Vorteil dahin.

Zusätzlich fehle nach Meinung von Experten durch die Umsetzung dieser Maßnahme den betroffenen Mitgliedstaaten der Anreiz, ihre eigene Haushaltspolitik zu ordnen, da die Möglichkeiten zur Kreditaufnahme steigen und die Zinsen tendenziell sinken dürften.

Der in dieser Woche anstehende EU-Gipfel wird hoffentlich eine klare Marschroute für den neuen Stabilitätsmechanismus in Europa entwerfen. Ob sich die Bundesregierung mit ihrer starren Haltung durchsetzen wird, bleibt abzuwarten.

Die US-Notenbank (Fed) hat in dieser Woche angekündigt, dass sie in den nächsten Wochen Anleihen im Volumen von 105 Milliarden US-Dollar kaufen wird. Dies ist Teil der Anfang November beschlossenen zweiten Runde einer geldpolitischen Lockerung durch die Fed. Ziel ist es unter anderem, den Außenwert des Dollars zu schwächen und dadurch den Export zu unterstützen. Die strukturellen Probleme der amerikanischen Wirtschaft werden dadurch aber nicht behoben. Die US-Industrie hat z.B. in der Stahlindustrie oder im Fahrzeugbau den Anschluss an die Weltspitze verloren und dadurch Millionen von Arbeitsplätzen im eigenen Land abgebaut. Weder renommierte High-Tech-Unternehmen noch der florierende Dienstleistungssektor können diese Verluste ausgleichen. Der US-Arbeitsmarkt kommt nur schwer wieder auf die Beine.

### Tendenz

Kurzfristig: steigend

Langfristig: steigend